

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis um den tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließt. Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen zuverlässig. M. 2.75, unter Freimachung der Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 6 — Erreichbar täglich von Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expeditio: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1762.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnements werden die beigefügten Preise um 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Überholzung wird Abzug gemacht. Bereinstellungen ab Pf. Intervalle müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu beenden. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 83.

Dresden, Sonnabend den 12. April 1913.

24. Jahrg.

Wie verlautet, hat Wilhelm II. den Reichstag für seine leichte Reichstagsrede durch ein gnädiges Telegramm belohnt.

Der Grabenfonds ist im elzah-Lothringischen Landtag angenommen worden.

Die belgische Regierung hebt dem am Montag beginnenden Generalstreik mit dem Belagerungszustand zu begegnen.

Die montenegrinische Regierung hat sich bereit erklärt, die Kompenationsansprüche zu prüfen.

Aus vielen Gegenden kommen Meldungen über Größe und Stärke.

Die Stellung der Parteien zu den Deckungsvorlagen.

Nachdem nun in der gestrigen Sitzung des Reichstages auch die Redner der Fortschrittlichen Volkspartei und der Reichspartei zu Wort gekommen sind, haben sich alle größeren Fraktionen zu den Deckungsvorlagen geäußert. Danach steht es fest, daß der Wehrbeitrag zur Annahme gelangen wird in der Weise, daß die Vermögen bis 20000 oder 30000 M. frei bleiben sollen, aber die großen Vermögen höher, bis etwa 1 Proz. herangezogen werden. Wie die dauernden Ausgaben aufgedreht werden sollen, darüber haben nur die Redner der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei klare, zweifelsfreie Erklärungen abgegeben. Wie am Mittwoch Genosse Ekdum, so hat auch gestern der sozialdemokratische Redner, Emmerl, festgestellt, die Sozialdemokratische Fraktion werde, wenn die Militärvorlage angenommen sei, dafür sorgen, daß die Bestehenden allein die notwendig werdenden Steuern zu tragen haben. Als solche Steuern können nur die Reichsverbaufall-, Reichsvermögens- oder eine Reichseinkommenssteuer in Betracht kommen, welche die untersten Einkommen freiläßt. Mit Recht führt Emmerl aus, die Arbeiter hätten schon so hohe Lasten zu tragen, daß auch ihre Heraufzehrung zu einer direkten Einkommenssteuer ungerechtfertigt sei.

Auch der Abgeordnete v. Payer, der gestern als erster Redner das Wort ergriff, erklärte nach einer eingehenden Kritik der vorliegenden Gesetzesvorlage der Regierung im Namen der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, daß für sie zur Deckung der laufenden Ausgaben nur in erster Linie eine Erbanfallsteuer und sodann eine Reichsvermögenssteuer in Betracht kommen könne. Herr Payer glaubte sogar, die Gegner der Erbanfallsteuer seien nur deshalb gegen diese Steuerart, weil sie sich in eine Sackgasse verrannt hätten, aus der sie keinen Ausweg mehr finden, und viele von ihnen würden froh, wenn eine andere Mehrheit des Reichstages die Erbanfallsteuer beschließe. Die Regierung habe keinen Anstoß daran genommen, sich von der Sozialdemokratie die Verfassung für Elab-Vorbringen zu lassen, sie nehme deren Stimmen, um ein Petroleum-Monopol zulande zu bringen, und es sei verfassungsmäßig auch unhalbar, die Bedingung zu stellen, von welchen Parteien nur ein Gesetz angenommen werden dürfe. Payer kündigte an, daß seine Partei in der Kommission den Antrag auf Einführung einer Erbanfallsteuer stellen werde. Habe diese keine Aussicht, so könne nur noch die Reichsvermögenssteuer in Betracht kommen, einen anderen Weg gebe es nicht. Der gegenwärtige Steueraufstand sei ungerecht und unhalbar, und die Fortschrittliche Volkspartei lehne es ab, dieses trostlose Steuerstück noch dadurch zu verschlimmern und zu verlängern, indem sie sich auf den Boden der Regierungsvorlagen begebe. Den Ergebnissen der Beratungen in der Kommission sieht Herr v. Payer aber mit großer Skepsis entgegen. Seit der Finanzreform habe er jedes Vertrauen verloren, daß eine gefundene Steuergesetzgebung zustande komme.

Zu dieser skeptischen Auffassung war v. Payer vor allem auch durch die Rede Baasches gekommen. Nun aber hat ein anderer nationalliberaler Fraktionsredner, der Abgeordnete Roland-Lüde, gestern mit fester Betonung versichert, die Nationalliberalen wüssten genau, was sie wollen; sie würden an dem, was Bassemann wiederholt und zuletzt in Hannover versprochen habe, festhalten und nur für eine Erbanfall- oder eine Reichsvermögenssteuer stimmen! Sie wären sogar bereit, für beide Steuerarten einzutreten, also eine Erbanfall- und eine Reichsvermögenssteuer zu beschließen. Nachdem mit dem Wehrbeitrag II gelagert worden sei, müsse ganz notwendigerweise das III in Form einer Vermögenssteuer folgen. Und Herr Roland-Lüde begründete die Reichsvermögenssteuer auch damit, daß sie erzieherisch wäre: sie werde Regierung und Parlament zur Sparanstrengung führen, was doch nur heißen kann, zur Sparanstrengung in militärischen Ausgaben. Der Vertreter der Partei der Großkapitalisten gab damit zu, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien an Militärausgaben dann sparen würden, sobald die Bestehenden die Kosten aufzubringen müßten.

Es wird also nur abzuwarten sein, wann die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion folgen wird, den Herren Bassemann und Roland-Lüde oder Herrn Baasche! Aber wenn auch nur ein Teil der Nationalliberalen ins schwärzblauwrote Abkommen würde, bekäme die Rechte eine Mehrheit.

Die Germania hat allerdings gestern es für wahrscheinlich erklärt, daß sich die Kommission auf eine Vermögenssteuer verständige, der auch die Nationalliberalen beitreten könnten, woraus geschlossen werden kann, daß das Zentrum bereit sei, für eine Reichsvermögenssteuer einzutreten. Der Reichstag würde dann ein Gesetz beschließen, daß er für richtig hält, und es dem Bundesrat überlassen, was er tun will! Bekanntlich hat im Bundesrat die Reichsvermögenssteuer bisher einen heftigen Widerstand gefunden. Ob der Bundesrat aber aufrechterhalten wird, sobald der Reichstag das Gesetz beschlossen hat, ist fraglich, ja unmöglich. Denn eine Auflösung des Reichstages könnte er deshalb nicht wagen! Indes hat weder ein Redner des Zentrums noch weniger Graf Westar zu erkennen gegeben, daß sie an einem solchen Schritt bereit seien, so daß sich aus den zweitägigen Verhandlungen des Reichstags noch nicht ersehen läßt, was herauskommen wird.

Doch sich Herr v. Camp, der Redner der Reichspartei, auch gestern wieder, wie immer zuvor, im wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlagen stellte, war selbstverständlich. Eine Lieberrothung bereite aber wieder dem Reichstag Graf v. Posadowitz, soweit dieser ehemalige "Minister der Sozialpolitik" nach seinem bisherigen Auftreten als Abgeordneter überhaupt noch überreden kann. Graf Posadowitz verzerrte gestern den letzten päpstlichen Brief seines ehemaligen Anschlags durch eine Rede gegen das Erbreich des Staates, wie sie nur ein reaktionärer, beschränkter Spießbürgerschlimmster Art halten kann. Selbst die Nationalliberalen können sich nicht enthalten, bei dieser Rede bedenklich mit dem Kopfe zu schütteln. Und der Staatssekretär Ekdum fertigte seinem ehemaligen Chef mit seinen, schlagenden Bemerkungen treffend ab. Auch was Posadowitz über den "Lugus" jagte, den die Kommunen trieben, zeigte, daß er von der modernen Kommunalpolitik absolut nichts versteht und mit seinen Anklageworten in einer Zeit lebt, die sehr weit zurückliegt. Und das war einstmals der gesetzte "Minister der deutschen Sozialpolitik"!

Heute, Sonnabend, werden die Beratungen über die Deckungsvorlagen im Reichstage fortgesetzt und wohl beendet werden.

aber gegenwärtig ist die Situation so entwölkt, daß die optimistischen Friedensstürze Recht behalten dürfen.

Russische Expressseite.

Paris, 11. April. Dem Tempé wird aus Berlin gemeldet, der bulgarische Gesandte habe heute die montenegrinische Regierung ersucht, die Belagerung von Skutarí aufzuhören; König Nikolaus habe ablehnend geantwortet.

Serbien stellt jede Aktion vor Skutarí ein.

Belgrad, 11. April. Das serbische Oberkommando hat bereits telegraphisch dem General Bojowitsch aufgetragen, alle weiteren Operationen vor Skutarí einzustellen. Im Publikum herrscht Niedergeschlagenheit und große Enttäuschung. Hatte doch die Belgrader Kaufmannschaft sich schon gerüstet, Schenken und Zimmer braten zu lassen, um die Einnahme Skutarí als Volksfest zu feiern. In Regierungskreisen hingegen dürfte eher ein gewisst Gefühl der Erleichterung sich geltend machen, da Serbien so aus einer Sackgasse herauskommt, in der es befürchtet wurde, daß es auch nach dem Kriege wertvolle Sympathien der Mächte bedenkt zu verlieren. Seit zwei Tagen weiß hier der montenegrinische Finanzminister Terlewić, nach einer Beschluss wegen Anteilverhandlungen, nach einer anderen wegen eines allgemeinen Gedanken austausches über Finanzfragen mit der serbischen Regierung. Wie jetzt auch das Regierungsbüro mitteilte, wurde gestern von der bulgarischen Handels-, Gewerbe- und Industriekammer in gemeinsamer Sitzung im Prinzip der Sonder-Österreich-Ungarns befohlen. Doch soll der Beschluss nicht sofort zur Ausführung kommen, sondern es sollen vorher die entsprechenden Kammer in Österreich-Ungarn von dem Beschluss verständigt werden. Wenn die Donaumonarchie trotzdem ihre Politik nicht ändert, werde die Sonderförderung aller Waren aus Österreich-Ungarn proklamiert und zugleich würden die übrigen Balkanstaaten aufgerufen werden, sich dem Sonder-Österreich anzuschließen.

Christliche Religionspropaganda.

Wien, 12. April. Die Neue Freie Presse meldet: In der Untersuchung über den erzwungenen Religionswechsel in den albanischen Gebieten erklärt der Erzbischof von Triesten, daß die Montenegriner zum Radikalen der katholischen und moslemischen Bevölkerung abwechselweise Bekehrungen in großer Zahl vornehmen. Der Erzbischof verlangt das Ende zu machen.

Neue Balkanschlüsse.

Sofia, 11. April. Wie die Blätter melden, erklärte Dr. Danew in einer Versammlung der Progressivenpartei: Die Großmächte haben die Absicht, daß wir gegen den Willen von ganz Europa den Krieg nicht fortführen dürfen, um schließlich einen Streifen Landes zu erwerben. Wir haben dringende Probleme in den westlichen Gebieten zu lösen. Was den rumänisch-bulgariischen Streitfall anbetrifft, so wird Bulgarien frei von allen Verbindlichkeiten seine Haltung seinen Interessen anpassen. Erste Verpflichtungen bestehen hinsichtlich der Beziehungen zu unseren griechischen und serbischen Verbündeten. Aber auf keinen Fall werden wir uns mit weniger zufrieden geben als mit dem, worauf wir ein Recht haben. Die Sache liegt darin, daß irgend einer der Verbündeten sich dazu hinsetzen läßt, einen Konflikt auf dem Balkan zu erregen, der jedoch nur unter Beobachtung der abgeschlossenen Liebesträume vermieden werden kann. Mit Serbien haben wir einen genauen Durchführungsplan abgeschlossen, auf dem wir bekehrt werden. Was Griechenland angeht, so gestattet das mit diesem Lande abgeschlossene Liebesträume, daß der beiderseitige Länderewerb in einer den gebrachten Opfern entsprechenden Weise geregelt wird.

Die Einigungsformel im bulgarisch-rumänischen Streit.

Petersburg, 11. April. Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, den beteiligten Mächten, Rumänien und Bulgarien, folgenden Schiedsspruch zu unterbreiten: Silichia fällt an Rumänien. Rumänien seinerseits verzichtet auf Küstenerweiterung am Schwarzen Meer und zahlt zur "Ablösung" eine Summe an Bulgarien, deren Höhe noch zu bestimmen sein wird. Auf vorherige Verträge in Bulgarien und Sofia haben die Räte ihre Zustimmung zu erklären gegeben.

Petersburg, 11. April. Die in der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz vorgelegte Lösung zur Regelung des bulgarisch-rumänischen Konflikts soll von der bulgarischen wie von der rumänischen Regierung für annehmbar befunden werden sein.

Deutsches Reich.

Geht nach Bern?

Die von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und der sozialdemokratischen Presse schon vielfach erörterte Anregung schwedischer Nationalratsmitglieder zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern bereitet den Rüttungskern schwere Verlegenheit. Sie wagen es kaum, von der Sache Rosy zu nehmen. Die Post spricht von einer "überflüssigen Konferenz" und die Deutsche Tageszeitung meint, Abgeordnete des Reiches würden an dieser Veranstaltung wohl nicht teilnehmen. Gründe für dieses formelle Verhalten werden aber nicht angegeben. Auch die liberale Presse hat sich bisher ganz unschuldig und ratlos gezeigt. Um so mehr Anerkennung verdient es, daß sich das linksliberale Berliner Tageblatt jetzt des Gedankens mit großer Wärme annimmt. Es veröffentlicht in dieser Zeitung,